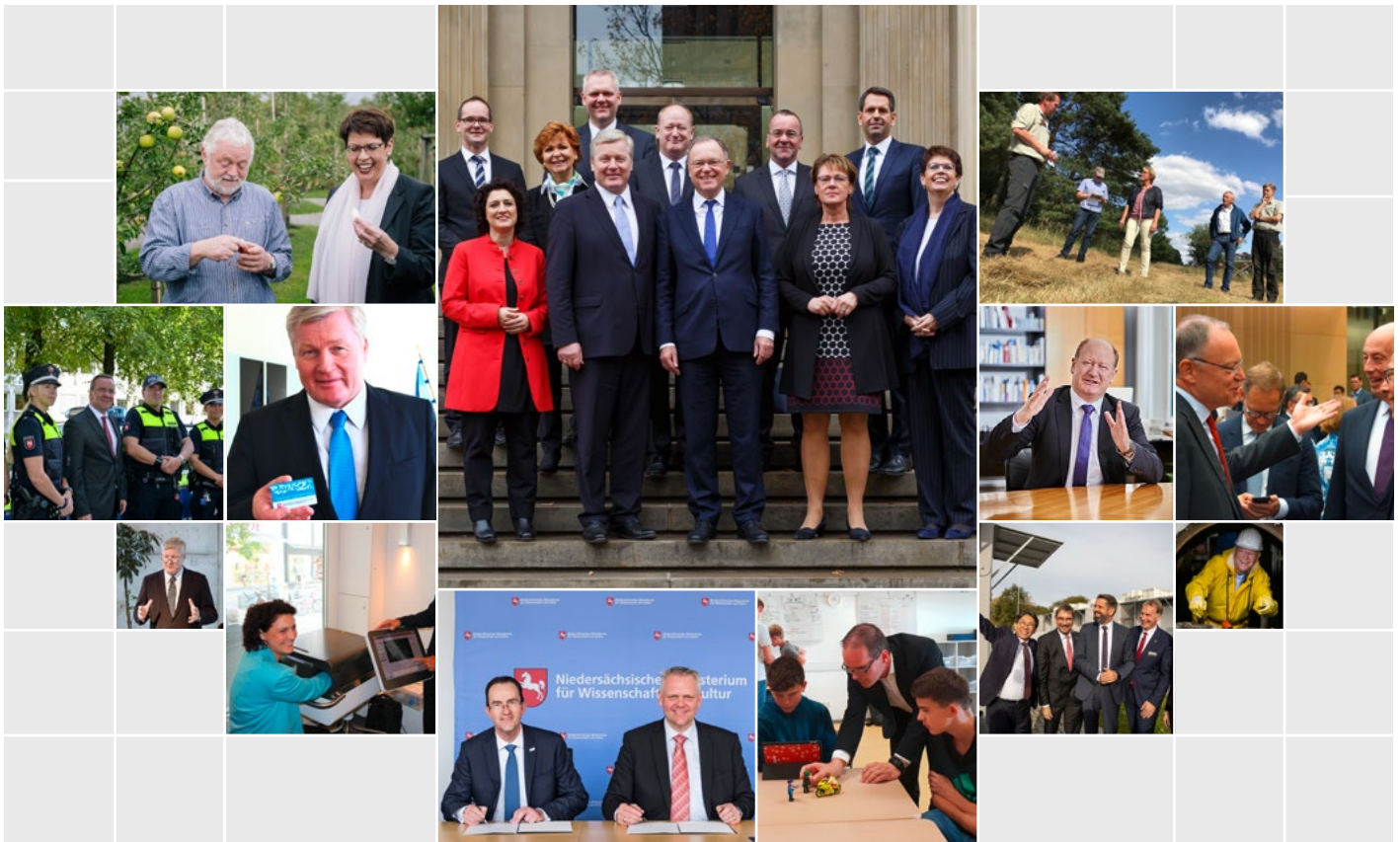




Bilanz und Ausblick

Für Innovation, Gerechtigkeit und Zusammenhalt –
Ein Jahr Große Koalition für ein modernes Niedersachsen.



Niedersachsen

Inhalt

Für eine chancengerechte und gute Bildung und Forschung 6

 Kostenfreie frühkindliche Bildung 6

 Qualität durch Fachkräfte 6

 Unterrichtsversorgung 6

 Flexible Einschulung..... 7

 Wissens- und Technologietransfer..... 7

 Exzellenz in Hochschulen 7

Für ein digitales Niedersachsen 8

 Masterplan 8

 Internet für alle 8

 Flächendeckende Mobilfunkversorgung..... 8

 Schule digital..... 8

 Digitalisierungsoffensive in der Wissenschaft 8

 Digitale Verwaltung 9

 Ausweitung des Elektronischen Rechtsverkehrs..... 9

 Digitale Landwirtschaft..... 9

 Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung und Pflege..... 9

Für eine gute Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen 10

 Neubau und Sanierung von Krankenhäusern 10

 Patientenschutz..... 10

 Pflege..... 10

Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen 11

 Neue Sozialwohnungen 11

 Barrierefreiheit..... 11

Für attraktive Arbeitsplätze und eine leistungsstarke Wirtschaft..... 12

 Fachkräftesicherung 12

 Meisterprämie 13

 Start-up-Initiative..... 13

 Entbürokratisierung 13

Für eine umweltschonende und sichere Mobilität..... 14

 Straßen- und Radwegeinfrastruktur 14

 Zukunft der Automobilindustrie..... 14

 Planungsbeschleunigung 15

 Häfen..... 15

Für einen starken Tierschutz, Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz..... 16

 Tierschutzplan Niedersachsen 16

 Transparenter Dialog..... 16

 Ökologischer Landbau 16

 Schutz vor dem Wolf 16

 Neues Düngerecht..... 16

 Verbraucherschutz..... 16

 Prävention Afrikanische Schweinepest 17

 Überwachung Tierschutzgesetz 17

 Energiewende 17

 Hochwasserschutz..... 17

Für ein sicheres und rechtsstaatliches Niedersachsen..... 18

 Mehr Polizisten..... 18

 Polizeigesetz..... 18

 Feuerwehr 18

 Sicherheit an Gerichten und Staatsanwaltschaften..... 18

 Gut ausgestattete Justiz 19

 Beschleunigung von Strafverfahren..... 19

 Landesprogramm gegen politischen Extremismus 19

Für ein buntes und vielfältiges Niedersachsen 20

 Integration in Niedersachsen..... 20

 Inklusion..... 20

 Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz 20

 Kultur im ländlichen Raum..... 20

 Sport..... 20

Für ein starkes Europa mit lebenswerten Regionen 21

 Europa 21

 Regionalentwicklung 21

Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik..... 22

 Ausgeglichener Haushalt 22

 Einstieg in die Schuldentilgung 22

 Neuverschuldungsverbot in die Verfassung 22

Ausblick kompakt 23

In allen Ministerien und in den dazugehörigen Behörden wurde im letzten Jahr viel gearbeitet und viel bewegt. An vielen Vorhaben sind Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus mehreren Ressorts beteiligt. *Allen Beteiligten herzlichen Dank für Ihr Engagement!* Sämtliche Maßnahmen und Entscheidungen aus dem ersten Regierungsjahr der Großen Koalition aufzuzählen, ist nicht möglich, deshalb hier eine Auswahl und ein Ausblick auf das, was in den nächsten Monaten ansteht.



Am 22. November 2018 jährt sich zum ersten Mal die Bildung der neuen Niedersächsischen Landesregierung nach den Landtagswahlen vom 15. Oktober 2017. Ein solcher Jahrestag ist ein guter Zeitpunkt, Zwischenbilanz zu ziehen und den weiteren Kurs abzustecken.

Die Arbeit der Landesregierung ist geprägt von einem hohen Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in Niedersachsen. Wir haben im ersten Jahr der Großen Koalition ruhig und zielorientiert regiert, erfolgreich erste Vorhaben abgeschlossen und Weichen für die weitere gute Entwicklung Niedersachsens gestellt. Zahlreiche Vorarbeiten aus dem Jahr 2018 werden ihre Ergebnisse in 2019 finden.

Die Abschaffung der Kindergartengebühren in Niedersachsen, ein vernünftiger Plan für die erfolgreiche Digitalisierung unseres Landes, viel Geld für Neubau und Sanierung niedersächsischer Krankenhäuser, erhöhte Investitionen in die Landesstraßen, neue Stellen für zusätzliche Lehrkräfte und Polizisten, finanzielle Mittel für die Sportstätten überall im Land und trotz alledem ein ausgeglichener Landeshaushalt – dies sind nur einige Beispiele für erfolgreich umgesetzte oder auf den Weg gebrachte Vorhaben. Diese Bilanz gibt Ihnen einen Überblick über die Arbeit der Großen Koalition im ersten Regierungsjahr.

All dies kostet viel Geld. Grundlage unserer Politik ist stets eine solide Finanzpolitik. Niedersachsen hat die Voraussetzungen für die Erfüllung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 vor der Zeit erfüllt und wir werden auch in der Zukunft von dem Kurs einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht abweichen. Auch dies gehört zum Profil der Landesregierung.

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Vor uns liegen aber nach wie vor einige Herausforderungen: der Fachkräftemangel und anhaltende Wanderungsbewegungen von den Dörfern in die Städte in einigen Landesteilen. Während es schwieriger wird, überall im ländlichen Raum die notwendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten, wird insbesondere in den größeren Städten der Wohnraum knapp.

Aber unterm Strich können wir dankbar sein für all das, was das Leben bei uns in Niedersachsen lebens- und liebenswert macht. Die meisten Menschen in anderen Teilen der Welt sehnen sich nach vergleichbaren Lebensbedingungen.

Die Menschen in Niedersachsen sind tolerant und hilfsbereit. In Niedersachsen gibt es eine besondere Kultur der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts. Sie zeigt sich in der engagierten Integration von Zuwanderern, im ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen‘ und in vielen ähnlichen Aktivitäten. Diesen Zusammenhalt wollen wir weiter stärken und pflegen, das ist uns wichtig!

Wir leben mitten in einem vielfältigen Europa. Wir profitieren vom Zusammenwachsen Europas und dem damit verbundenen kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch. Die Europäische Integration ist ein beispielloses Friedensprojekt – wir wollen es gemeinsam verteidigen und weiter voranbringen. Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 ist eine gute Gelegenheit dafür.

Es ist noch viel zu tun und wir haben noch vieles vor. Wir blicken zufrieden zurück auf das erste Regierungsjahr der Großen Koalition in Niedersachsen und freuen uns auf vier weitere Jahre in dieser Konstellation.

Dr. Bernd Althusmann
Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Für eine chancengerechte und gute Bildung und Forschung

Beitragsfreie frühkindliche Bildung

Das wohl bedeutendste politische Vorhaben des zurückliegenden Jahres war die vollständige Abschaffung der Kindergartengebühren in Niedersachsen. Seit dem 1. August 2018 zahlen Eltern für den Kindergartenbesuch keine Gebühren mehr. Früh mit anderen zu spielen und Neues zu erleben, ist nicht nur schön für Kinder, sondern auch wichtig für ihre Entwicklung und für einen guten Start in die Schule. Der Bildungsauftrag des Kindergartens wird sehr ernst genommen. Den Eltern erleichtert es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Jahr 2018 bekommen die Kommunen rund 109 Millionen Euro zum Ausgleich der wegfallenden Elterngebühren, für 2019 werden weitere 270 Millionen bereitgestellt. Hinzukommen sollen Bundesmittel in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro bis zum Jahr 2022. Insgesamt werden bis Ende 2022 mehr als 1,6 Milliarden Euro in die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Niedersachsen investiert.

Nach der Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2013 ist Bildung in Niedersachsen jetzt vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss kostenfrei. Auch in der Altenpflege- und Erzieherausbildung wurde bzw. soll das Schulgeld abgeschafft werden.

Qualität durch Fachkräfte

Neben der Gebührenfreiheit geht es aber auch um Fachkräftesicherung und um eine Steigerung der Qualität in Kitas. Im Frühjahr 2018 wurde ein ‚Niedersachsenplan‘ aufgestellt, der eine Steigerung der Ausbildungszahlen, die Anerkennung schulischer und beruflicher Vorbildung, eine Erleichterung des Quereinstiegs, eine Ausbildungsvergütung, Schulgeldfreiheit und die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte vorsieht.

Zum 1. August 2018 sind 500 zusätzliche Ausbildungsplätze für sozialpädagogische Assistenten, Erzieher und Heilpädagogen geschaffen worden. Die Fachschule Sozialpädagogik kann inzwischen berufsbegleitend und vergütet in Teilzeit absolviert werden. Von großer Bedeutung sind die geplanten Veränderungen in der Erzieherausbildung. Zum 1. August 2019 wird die Schulgeldfreiheit für angehende Erzieherinnen und Erzieher kommen. Hierfür sind für 2019 zwei Millionen Euro und ab 2020 jährlich 4,8 Millionen Euro vorgesehen. Außerdem wird gemeinsam mit Verbänden und Trägern intensiv an einer Weiterentwicklung der Erzieherausbildung um dualisierte Elemente gearbeitet.



Unterrichtsversorgung

Zu den beiden Einstellungsterminen im Februar und im August 2018 sind insgesamt rund 3050 neue Lehrkräfte in den Schuldienst an den allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen eingestellt worden. Insgesamt werden etwa 600 Lehrkräfte mehr neu eingestellt, als dauerhaft aus dem Dienst ausgeschieden sind. Damit wird die durchschnittliche Unterrichtsversorgung im aktuellen Schuljahr voraussichtlich bei leicht verbesserten 99 Prozent liegen. Zum 1. Februar 2019 wurden erneut 1300 Stellen für neue Lehrkräfte ausgeschrieben.

Unter den bereits erfolgten Neueinstellungen befinden sich auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Für sie soll in einem nächsten Schritt die Qualifizierung am Studienseminar und in den Schulen neu aufgestellt werden.

Um allen Bewerberinnen und Bewerbern einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wurden zum 01.08.2018 kurzfristig 100 zusätzliche Stellen für den Vorbereitungsdienst auf das gymnasiale Lehramt geschaffen.

Stellen für Sprachförderung an den allgemein bildenden Schulen, die bislang nur befristet zur Verfügung standen, wurden über das Jahr 2018 hinaus entfristet. Im Bereich der berufsbildenden Schulen konnten 260 zur Streichung vorgesehene Lehrerstellen zunächst gesichert werden.

Durch die Neuausrichtung der vorschulischen Sprachförderung stehen nun rund 14.000 Lehrerstunden wieder für den Unterricht an den Grundschulen zur Verfügung. Die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen wird in diesem Schuljahr voraussichtlich im landesweiten Durchschnitt bei über 100 Prozent liegen. Verlässlichkeit ist so gesichert.

Zum Schuljahr 2018/19 wurde ein Stabilisierungspaket zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung auf den Weg gebracht. Vorgesehen ist darin die Prüfung einer besseren Besoldung von Grund-, Haupt- und Realschullehrkräften, eine Anhebung der Hinzuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte, eine Imagekampagne für den Lehrerberuf, eine strukturierte Langzeitplanung für den Lehrkräftebedarf gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium sowie die Entwicklung neuer Messinstrumente mit höherer Aussagekraft über die Unterrichtsversorgung.

Ende Oktober 2018 hat das Expertengremium „Arbeitszeitanalyse“ seinen Abschlussbericht vorgelegt, der aktuell vom Kultusministerium ausgewertet wird. Es werden zahlreiche, sich daraus ableitende Maßnahmen erarbeitet, um die Lehrkräfte besser zu bezahlen und zu entlasten.

Erste Schritte sind hier bereits erfolgt: Zum 1. August 2018 wurde die Besoldung für die Leitungen kleiner Grundschulen von A12 +Z auf A13 erhöht. Hierfür stehen jährlich rund 1,3 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig wurden die Schulleitungen von rund 1.900 Grundschulen und kleinen Schulen von Verwaltungsarbeit entlastet. Die Niedersächsische Landesschulbehörde hat bestimmte dienstrechtliche Aufgaben übernommen, damit den Schulleitungen mehr Zeit für ihre Leitungsaufgaben und die pädagogische Arbeit bleibt.



Flexible Einschulung

Mit der Flexibilisierung des Einschulungstichtags zum 1. August 2018 ist einem Wunsch vieler Familien entsprochen worden. Eltern, deren Kinder zwischen dem 1. Juli und dem 30. September das sechste Lebensjahr vollendet haben, haben jetzt die Möglichkeit, den Schuleintritt durch formlose Erklärung bei der Schule um ein Jahr aufzuschieben. Rund 2900 Eltern haben von dieser neuen Möglichkeit zum Schuljahr 2018/19 Gebrauch gemacht.

Wissens- und Technologietransfer

Das Innovationspotenzial wissenschaftlicher Einrichtungen soll besser für den gesellschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden. Im Juli 2018 wurde die Ausschreibung „Transfer in Niedersachsen“ (Finanzvolumen 15 Millionen Euro) veröffentlicht, mit der einrichtungsübergreifende Transferstrukturen an Hochschulstandorten und somit regionale Innovationsräume gefördert werden sollen. In den Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen, die aktuell überarbeitet werden, soll das Thema „Wissens- und Technologietransfer“ stärker verankert werden.

Exzellenz in Hochschulen

Niedersachsen war bei der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern im September 2018 mit sechs Cluster-Anträgen erfolgreich. Die auf sieben Jahre angelegte Förderung (mit einer Verlängerungsmöglichkeit um weitere sieben Jahre) erlaubt eine nachhaltige Profilierung der erfolgreichen Universitäten und sichert auch für das Land auf lange Sicht internationale Wettbewerbsfähigkeit in wissenschaftlichen Exzellenzfeldern. Mit zwei oder mehr erfolgreichen Clustern haben die TU Braunschweig sowie der Verbund von Leibniz Universität Hannover und Medizinischer Hochschule Hannover zudem die Möglichkeit, sich um die Förderung als Exzellenzuniversitäten zu bewerben. Die Exzellenzcluster stammen aus den Forschungsbereichen Photonik, nachhaltige Luftfahrt, Infektionsforschung, Hörforschung, Quantentechnologie sowie Bildgebung in den Lebenswissenschaften.

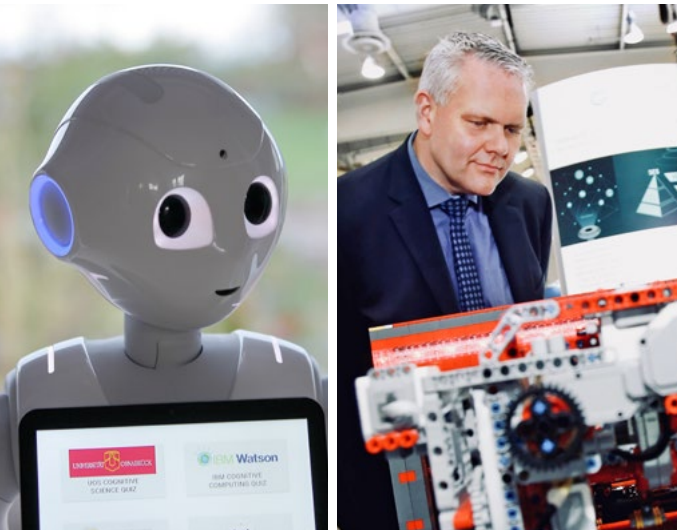
Für ein digitales Niedersachsen

Masterplan

Ein weiterer großer Wurf im letzten Jahr war der sog. Masterplan Digitalisierung. Er sieht den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und zahlreiche andere Digitalisierungsmaßnahmen vor. Die Koordination erfolgt im Wirtschaftsministerium, an der Umsetzung beteiligt sind aber alle Ministerien. Das Land Niedersachsen wird in den nächsten Jahren über eine Milliarde Euro für das Gelingen der Digitalisierung investieren. Im Jahr 2018 sind dem Sondervermögen bereits 500 Millionen Euro zugeführt worden, im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 sollen im Jahr 2019 weitere 350 Millionen Euro ergänzt werden.

Internet für alle

Primäres Ziel des Masterplans ist die vollständige Versorgung aller Niedersächsischen Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen bis 2025. Bereits bis 2021 sollen alle Gewerbegebiete, die niedersächsischen Häfen, aber auch die Schulen, Universitäten und Hochschulen des Landes gigabitfähig versorgt sein.



Flächendeckende Mobilfunkversorgung

Ein großes Anliegen ist uns auch eine flächendeckende Mobilfunkversorgung. Der Bedarf ist insbesondere in ländlichen und grenznahen Gebieten sowie auf Bahn- und Schiffsverkehrswegen noch groß. Auch wenn hier zukünftig die Maxime Markt vor Staat gelten wird, wird das Land 20 Millionen Euro Eigenmittel investieren, um gemeinsam mit den Telekommunikationsunternehmen bis 2021 eine hundertprozentige 4G- beziehungsweise LTE-Versorgung in Niedersachsen zu erreichen.

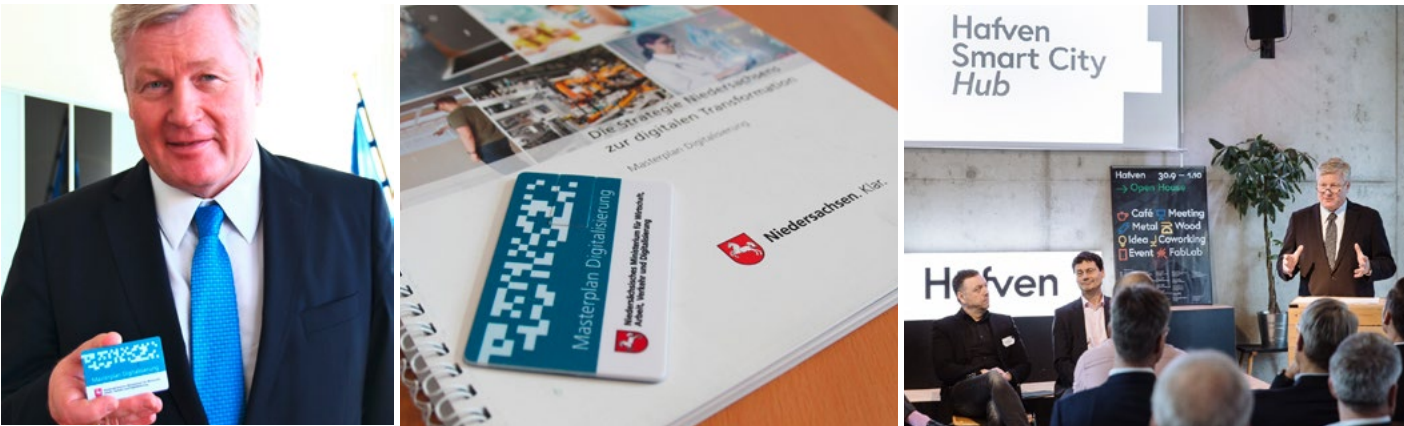
Schule digital

Der Masterplan Digitalisierung sieht auch für den Bildungsbereich zahlreiche Maßnahmen vor. Neben einer leistungsstarken Netzanbindung und der Sicherstellung der notwendigen Infrastruktur soll Medienbildung in den Lehrplänen aller Schulen und Jahrgangsstufen eine noch viel stärkere Rolle spielen. Seit dem 20. Februar 2018 steht die Niedersächsische Bildungscloud zur praktischen Erprobung in 45 Projektschulen zur Verfügung. Sie ermöglicht den Schülerinnen und Schülern im Unterricht und außerhalb des Unterrichts ein unkompliziertes, eigenständiges Zusammenarbeiten. Im Jahr 2019 wird es zudem Projekte geben, in denen sich Lehrende und Lernende mit der in der Industrie immer wichtigeren 3-D-Drucktechnik auseinandersetzen. An berufsbildenden Schulen sollen erste Versuche zum sogenannten „long distance learning“ ausgebaut werden, damit auch Jugendliche in ländlichen Regionen ortsnah im dualen Ausbildungssystem in möglichst vielen Ausbildungsgängen beschult werden können.

An immer mehr niedersächsischen Berufsschulen wird mit modernen Smart Factory Modellen gearbeitet. Dabei handelt es sich um Simulationen einer Industrie 4.0-Umgebung unter Einbeziehung der Betriebe vor Ort. Die Schülerinnen und Schüler lernen interdisziplinär und praxisnah die Einsatzmöglichkeiten der Digitalisierung in ihren Berufen kennen und geben damit auch Innovationsimpulse in ihre Ausbildungsbetriebe.

Digitalisierungsinitiative in der Wissenschaft

Zur Stärkung der Forschungsleistungen sowie der Ausbildung von Studierenden in der Digitalisierung hat das Wissenschaftsministerium ein Konzept für zusätzliche Digitalisierungsprofessuren erarbeitet. Es wird angestrebt, bis 2021 bis zu 50 neue Digitalisierungsprofessuren einzurichten. Vorbehaltlich der Entscheidungen des Niedersächsischen Landtags sollen dafür im Jahr 2019 2,9 Millionen Euro bereitgestellt werden, 2020 sechs Millionen Euro und in den Jahren 21 und 22 jeweils 8,7 Millionen Euro. Damit sollen in 2019 und in den Folgejahren zahlreiche zusätzliche



Studienangebote geschaffen werden – insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz und IT-Sicherheit.

Bereits am 1. Januar 2019 startet das vom Informatikinstitut Offis in Oldenburg koordinierte Zentrum für digitale Innovation Niedersachsens (ZDIN). Das schlanke Netzwerk aus bereits bestehenden Einrichtungen – dem auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis angehören sollen – wird die im Land vorhandenen interdisziplinären Expertisen bündeln. Kern des mit 25 Millionen Euro geförderten Kompetenzzentrums sind die sogenannten Zukunftslabore zu den Themen Mobilität, Energie, Produktion, Landwirtschaft, Gesellschaft und Arbeit sowie Gesundheit. Der Fokus wird auf der angewandten Forschung und forschungsbasierter Beratung zu Digitalisierungsthemen liegen.

Für den freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen soll ein Open Access-Publikationsfonds eingerichtet werden. Ab 2019 sollen Wissenschaftler besonders gefördert werden, die ihre Erkenntnisse in renommierten Online-Journals frei zugänglich veröffentlichen. Das Wissenschaftsministerium hat zudem das Konzept für ein Online-Portal für den freien Austausch virtueller Lehrmaterialien erarbeitet, das ab 2019 umgesetzt wird. Hierfür stehen 5,5 Millionen Euro für fünf Jahre aus dem Sondervermögen Digitalisierung bereit.

Digitale Verwaltung

Rund 250 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Digitalisierung stehen für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bereit. Die Menschen in Niedersachsen sollen alle wichtigen Verwaltungsdienstleistungen digital beantragen und erhalten können. Geplant ist auch eine möglichst vollständige elektronische Aktenführung. Das Kabinett hat dazu im September 2018 das Programm Digitale Verwaltung beschlossen.

In den Landtag eingebracht wurde das Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG). Dieses Gesetz soll die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die digitale Verwaltung

schaffen und die systematische Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) des Bundes in Niedersachsen regeln. Es schafft außerdem die Rechtsgrundlage, um die Daten der Bürgerinnen und Bürger in der Verwaltung vor Zugriffen Dritter noch besser schützen zu können.

Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs

Seit Beginn des Jahres 2018 können alle Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen elektronische Nachrichten rechtswirksam empfangen. Darüber hinaus sind die Gerichte in der Lage, eigene Dokumente bundesweit an die Anwälte, Notare und Behörden in elektronischer Form zu versenden. Die Vorbereitung und Umsetzung ist durch das im Justizministerium angesiedelte Programm eJuNi erfolgreich implementiert worden.

Digitale Landwirtschaft

Ein wichtiger Bereich der Digitalisierung ist auch die Landwirtschaft. Datengestützte Ressourcenoptimierung kann in der Landwirtschaft einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz, zur Steigerung der Produktivität und zur Herstellung von Transparenz leisten. Im Jahr 2019 soll im Rahmen von „Smart Farming“ auf Experimentierfeldern der gezielte und letztlich deutlich reduzierte Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln erprobt werden. Im „Digitalen Stall der Zukunft“ sollen unter realen Bedingungen digitale Lösungen für Herdenmanagement, tierindividuelle Aktivitätsmessung und Früherkennung von Krankheiten entwickelt werden.

Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung und Pflege

Mit zusätzlichen finanziellen Mitteln konnten Projekte in den Bereichen Telemedizin und Telepflege, Ambient Assisted Living (AAL) und Notfallmanagement (IVENA) neu initiiert bzw. ausgeweitet werden. IVENA, ein Instrument zur Meldung freier Notfallplätze in Krankenhäusern an die Rettungswagen, soll landesweit etabliert werden. In diesem Jahr konnten vier weitere Regionen für die Anwendung von IVENA gewonnen werden. Gespräche mit weiteren Interessenten laufen.

Für eine gute Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen



Die Landesregierung arbeitet intensiv an einer guten medizinisch-pflegerischen Versorgung auf dem Land wie in den Städten, im ambulanten wie im stationären Bereich.

Neubau und Sanierung von Krankenhäusern

Im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms 2018 werden insgesamt 14 Baumaßnahmen sowie der Neuerwerb von medizinisch-technischen Großgeräten an verschiedenen niedersächsischen Kliniken im Umfang von 120 Millionen Euro gefördert. Zusätzlich stellt das Land in 2018 eine Pauschalförderung für Niedersachsens Kliniken im Umfang von 105 Millionen Euro bereit. In dieser Wahlperiode wird gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen eine Milliarde Euro in die Krankenhäuser investiert werden. Die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) und die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) zählen zu den führenden Universitätskliniken in Deutschland und Europa. Für die anstehende Erneuerung der Infrastruktur für die Krankenversorgung beider Häuser konnte das bereits bestehende Sondervermögen (Anfangsbestand 600 Millionen Euro) im laufenden Jahr um weitere 300 Millionen Euro auf 900 Millionen Euro erhöht werden. Aus dem Jahresabschluss 2018 sollen weitere 150 Millionen Euro zugeführt werden. Derzeit werden die Voraussetzungen für eine zentrale Steuerung der Bauvorhaben erarbeitet.

Patientenschutz

Zum Schutz der Patientinnen und Patienten wurden zahlreiche Änderungen im Krankenhausgesetz und im Transplantationsgesetz auf den Weg gebracht. So werden jetzt in allen Krankenhäusern Fehlermeldesysteme eingerichtet und Patientenfürsprecher berufen. Regelmäßige Konferenzen über Todesfälle und besonders schwere Krankheitsverläufe zwischen allen beteiligten Berufsgruppen sind ebenso



vorgeschrieben wie die Einrichtung von Stationsapothekerinnen und Stationsapothekern sowie klinikinternen Arzneimittelkommissionen. Ebenso im Sinne des Patientenschutzes sind die Veränderungen im Bestattungsrecht. Sie zielen insbesondere darauf ab, Anhaltspunkte für einen nicht natürlichen Todesfall besser erkennen und aufklären zu können.

Pflege

Eines der wesentlichen Vorhaben der nächsten Monate ist eine deutliche Verbesserung der Situation in der Pflege. Das niedersächsische Pflegegesetz (NPflegeG) soll grundsätzlich novelliert werden, das Sozialministerium wird im Jahr 2019 einen Referentenentwurf vorlegen. Mit diesem Gesetzesentwurf sollen die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessert und ambulante Pflegedienste und Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege gefördert werden. Ganz generell sollen Fördermaßnahmen nach dem NPflegeG an eine tarifgerechte Entlohnung geknüpft werden. So sollen mehr Pflegedienste und Einrichtungen dazu gebracht werden ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tarifgerecht zu entlohnen.

Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Neue Sozialwohnungen

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, nicht nur in Ballungsgebieten, ist eines der drängendsten sozialen Themen unserer Zeit. Das im März 2018 gegründete ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen‘ hat auf dem 16. Wohnungspolitischen Kongress im November erste Arbeitsergebnisse vorgelegt. Um mehr sozialen Wohnraum zu schaffen, sollen zeitnah die Förderbedingungen des Landes verbessert werden, günstiges Bauland soll mobilisiert, Kostensteigerungen beim Bau sollen durch technische und fachliche Normen begrenzt werden. Das Land wird eine Nachverdichtungs-offensive starten und die Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren vorantreiben. In dem ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen‘ arbeiten rund 60 Organisationen, Verbände, Kammern, Kommunen und Unternehmen zusammen mit der Landesregierung.

Die Zahl der neuen Sozialwohnungen soll von heute 1.000 Wohnungen im Jahr auf 4.000 Wohnungen jährlich gesteigert werden. Bis zum Jahr 2030 sollen so bis zu 40.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden. Das Land wird dafür Finanzmittel in substanzieller Höhe bereitstellen.

Barrierefreiheit

Im September 2018 hat der Niedersächsische Landtag die Erneuerung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) verabschiedet, durch die barrierefreier, komfortabler Wohnraum geschaffen werden kann, der auch bezahlbar bleibt. Auch in öffentlich zugänglichen Gebäuden soll es mehr Barrierefreiheit geben, dazu gehören in Zukunft auch Hotels und weitere Herbergen. Büros- und Verwaltungsgebäude werden jetzt ausnahmslos barrierefrei ausgebildet.



Für attraktive Arbeitsplätze und eine leistungsstarke Wirtschaft

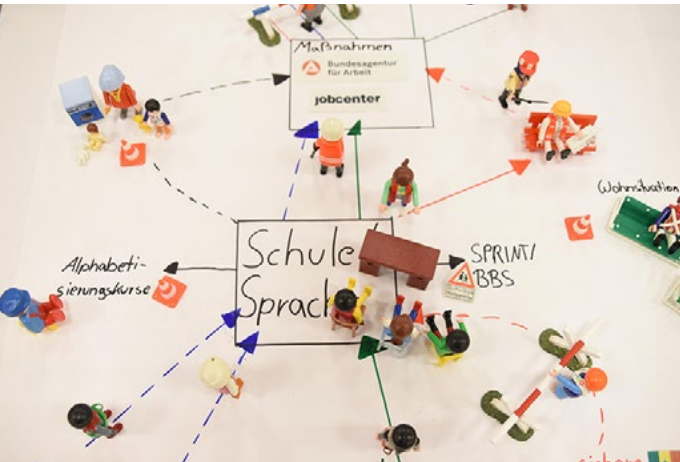
Mit fünf Prozent Arbeitslosenquote und 214.830 gemeldeten Arbeitslosen hat der niedersächsische Arbeitsmarkt im Oktober 2018 nie dagewesene Bestwerte seit der Wiedervereinigung erreicht. Im Vergleich zum Oktober 2017 ist die Arbeitslosenquote um einen halben Prozentpunkt gesunken.

Zudem waren nach jüngster Hochrechnung in Niedersachsen Ende August 2018 über drei Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt dabei unverändert stark. Von der stabilen Konjunktur profitieren alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere aber Frauen und Zuwanderer.

Gesucht werden vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte. Daher haben es Langzeitarbeitslose und Unqualifizierte nach wie vor schwer, auf Dauer Beschäftigung zu finden.

Fachkräftesicherung

Die außergewöhnlich gute wirtschaftliche Entwicklung und die Herausforderungen von Demografie und Digitalisierung sorgen für einen Mangel an Fachkräften. Deshalb haben sich Arbeitgeber, Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung und weitere Partner am Arbeitsmarkt mit der Landesregierung im Oktober 2018 auf eine Erneuerung der Fachkräfteinitiative Niedersachsen verständigt.



Die Landesregierung hat dazu mit einem Aktionsplan ihre Aktivitäten zur Fachkräftesicherung neu ausgerichtet. So ist beispielsweise seit dem 1. Oktober 2018 der neugefasste Erlass zur beruflichen Orientierung, der auch die Oberstufen der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen einbezieht, in Kraft. Die Berufliche Orientierung umfasst damit jetzt alle allgemein bildenden Schulformen des Landes. Flächendeckend wird eine Potenzialanalyse für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt. Schülerinnen und Schüler erhalten damit Hinweise auf ihre besonderen Stärken und Interessen, aber auch auf ihre Entwicklungspotenziale.

Die Landesregierung hat auch in diesem Jahr zahlreiche Anstrengungen unternommen, um Frauen in den verschiedenen Lebensphasen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. So wurden mehrere Projekte im Rahmen des ESF-Programms „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ (FIFA) eingebettet.

Eine große Chance, aber auch eine Herausforderung bleibt die Integration Tausender geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt. In den nächsten Jahren wird die Landesregierung zudem auch kleine und mittlere Unternehmen bei der Rekrutierung von Fachkräften im Ausland unterstützen.

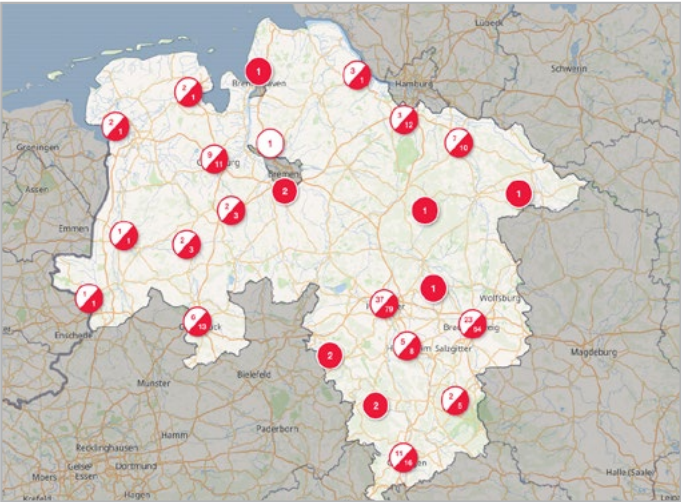
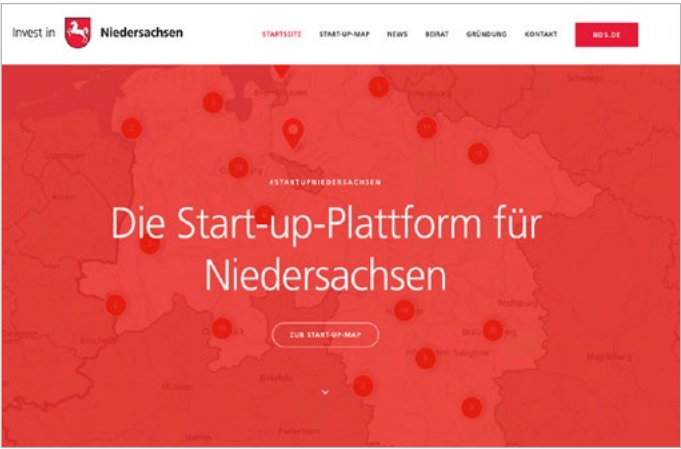
Meisterprämie

Seit Mai 2018 können Absolventinnen und Absolventen für ihre Handwerksmeister-Prüfung eine Meisterprämie in Höhe von 4000 Euro erhalten. Über den Nachtragshaushalt 2018 sind Mittel in Höhe von 13,3 Millionen Euro veranschlagt werden, für 2019 sind zehn weitere Millionen eingeplant. Hierdurch schafft das Land eine Brückenlösung, bis der Bund Aufstiegsfortbildungen für die Betroffenen gänzlich kostenfrei gestellt hat.

Start-up-Initiative

Seit Beginn des Jahres 2018 haben acht, durch die Landesregierung geförderte regionale Start-up-Zentren den Betrieb aufgenommen. Sie bieten Start-ups Unterstützung an in Form von Coaching und kostenlosen Räumlichkeiten. Außerdem wurde Beteiligungskapital in Höhe von insgesamt vier Millionen Euro bereitgestellt.

Die neu aufgebaute Internetplattform „startup.nds.de“ bietet eine Datenbank mit Informationen zu Akteuren, Ansprechpartnern und Infrastrukturen sowie Informationen zu Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Start-ups in Niedersachsen.



Entbürokratisierung

Die Stabsstelle Bürokratieabbau hat ihre Arbeit im Wirtschaftsministerium aufgenommen. Es wurden zahlreiche Gespräche mit den betroffenen Verbänden geführt, die eingegangenen Vorschläge und Stellungnahmen werden derzeit ausgewertet.

Erste konkrete Maßnahmen wurden umgesetzt bzw. eingeleitet. So sind beispielsweise durch das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und für regionale Entwicklung Vereinfachungen für Zuwendungsempfänger im Bereich der EU-Förderung herbeigeführt worden. Niedersachsen hat zudem eine Bundesratsinitiative eingebracht, um den Aufwand von Unternehmen im Zusammenhang mit Informations-, Berichts- und Meldepflichten aus energierechtlichen Vorschriften zu reduzieren.

Für eine umweltschonende und sichere Mobilität

Straßen- und Radwegeinfrastruktur

Nie zuvor hat es in der Geschichte des Landes Niedersachsen so hohe Investitionen in die Straßeninfrastruktur gegeben. Im Jahr 2018 wird der Baumittelumsatz ca. 824 Millionen Euro betragen. In 2019 steigen die Bundesinvestitionen auf rund eine Milliarde Euro.

Um die Planung der Bedarfsplanprojekte rasch voranbringen und die Investitionen vornehmen zu können, soll die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ihren um 19 Stellen erhöhten Personalbestand für zwei weitere Jahre behalten. Im Haushaltsplanentwurf 2019 wurden außerdem zusätzliche Mittel für Dienstleistungen Außenstehender vorgeschlagen (Erhöhung um 20,4 Millionen Euro auf 64 Millionen Euro).

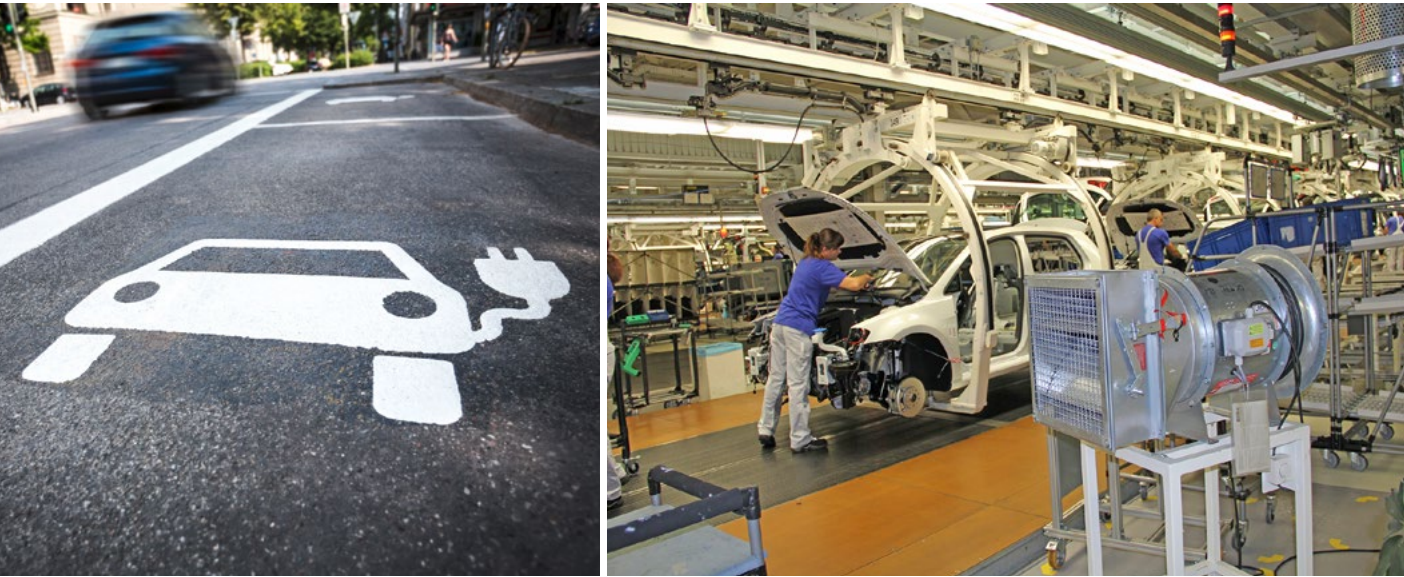
Zusätzliche zehn Millionen Euro stehen für die Erneuerung von Fahrbahnen und Bauwerken des ca. 8000 km langen Landesstraßennetzes bereit. Ein „Sonderprogramm Ortsdurchfahrten“ mit 15 Millionen Euro wird gestartet, um die überfälligen Sanierungsmaßnahmen im Bereich vieler Ortschaften zu gewährleisten. Die Erhaltungsmittel für das 4.500 km lange Radwegenetz werden um fünf Millionen Euro auf zehn Millionen Euro erhöht und damit

verdoppelt. Die Investitionen in Landesstraßen einschließlich Radwegen werden damit um insgesamt 30 Millionen Euro auf 115 Millionen Euro erhöht.

Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz hat der Landtag zunächst für 2018, und nun erneut auch für 2019 75 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung gestellt.

Zukunft der Automobilindustrie

Zur Zukunft der Automobilindustrie startet die Landesregierung Anfang 2019 einen zunächst auf drei Jahre angelegten Dialog mit Herstellern, Zulieferern und Gewerkschaften. Ziel des Projektes „Strategie zur Automobilen Zukunft“ soll eine möglichst optimale Verbindung von nachhaltiger Mobilität und Senkung der Abgasbelastung mit einer deutlichen Stärkung des Automobilstandorts Niedersachsen sein. Der Energiewendebericht 2018 zeigt, dass ein Viertel der energiebedingten CO2-Emissionen im Verkehr verursacht werden. Mithilfe von E-Mobilität, dem Einsatz von Wasserstoff und anderen alternativen Kraftstoffen kann eine Verkehrswende gelingen. In Niedersachsen sollen mehrere Kompetenzcluster für die Mobilität der Zukunft identifiziert und entwickelt werden.



Planungsbeschleunigung

Das vom Bund vorgelegte Planungsbeschleunigungsgesetz (BR-Drs. 389/18) bleibt hinter den Erwartungen der Länder zurück. Der Gesetzentwurf umfasst lediglich Änderungsvorschläge für den Bereich des Bundesverkehrsministeriums, grundsätzlichere Vorschläge, die auf Änderungen des Verwaltungsverfahrensrechts, der Verwaltungsgerichtsordnung oder des Umweltrechts abzielen, sind nicht aufgegriffen worden. Die Länder haben deshalb dem Bundesrat zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet.

Daneben gibt es in Niedersachsen verschiedene Ansätze für neue Verfahren, die – insbesondere durch frühzeitige Bürgerbeteiligung – zu einer Beschleunigung von größeren Baumaßnahmen beitragen. Für die Ermittlung neuer Vorgehensweisen werden deshalb jetzt verfahrens- und projektbezogene Verbesserungen an einem

Modellprojekt, der B3 – Ortsumgehung Elstorf, erprobt. Auch die Abwicklung von Bundesfernstraßenprojekten könnte durch das digitale Planen und Bauen 4.0 (BIM –Building Information Modeling) mittels effektiverer und effizienterer Planungs- und Bauprozesse beschleunigt werden.

Häfen

Zum Erhalt und zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Seehäfen wurden Investitionen in den Ausbau und die Unterhaltung der Kaianlagen und Verkehrswege vorbereitet. Zu den bevorstehenden Maßnahmen gehören insbesondere Baggerungen in Brake und im Neuen Fischereihafen Cuxhaven, Ausgleichsflächen in Cuxhaven für die Planfeststellung der Liegeplätze 5 bis 7 und die Sanierung der Kaje Norddeich.

Für einen starken Tier-, Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz



Transparenter Dialog

Das Landwirtschaftsministerium ist in ständigem Gespräch mit Landwirtschafts-, Verbraucher-, Tierschutz- und Naturschutzverbänden über Tierhaltung und Lebensmittelerzeugung. Angestrebt werden größtmögliche Transparenz und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Lenkungsausschuss der ‚Niedersächsischen Nutztierstrategie-Tierschutzplan 4.0‘ ist neu konstituiert worden. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, Wirtschaft, Tierhalter- und Tierschutzverbände, Verbraucherverbände, Kirchen, zahlreicher weiterer Institutionen und Behörden zusammen. Wieder eingerichtet wurde der interministerielle Arbeitskreis „Nachhaltige Nutztierhaltung“. Er hat die Aufgabe, Zielkonflikte zwischen Tier- und Umweltschutz und daraus resultierende Hemmnisse für mehr Tierwohl zu identifizieren und Vorschläge für entsprechende Änderungen zu formulieren.

Tierschutzplan Niedersachsen

Der „Tierschutzplan Niedersachsen“ mit etwa 40 Schwerpunktthemen bei 12 Tierarten bzw. Nutzungsrichtungen ist zur Niedersächsischen Nutztierstrategie – Tierschutzplan 4.0 weiterentwickelt worden. Der Tierschutz soll weiter gestärkt werden. Durch tiergerechte, aber dennoch leistbare Haltungsbedingungen soll die gesellschaftliche Akzeptanz erhöht werden. Themen sind beispielsweise der angestrebte Ausstieg aus nicht kurativen Eingriffen bei Nutztieren (Schnäbelkürzen bei Puten, Schwänzekupieren bei Schweinen), die Gestaltung des ‚Stalls der Zukunft‘, die Problematik ‚Tiertransporte‘ sowie das Thema ‚Tierschutzindikatoren‘ (z. B. Arzneimittelinsatz, Fußballengesundheit bei Hühnern oder Bissverletzungen bei Schweinen).

Ökologischer Landbau

Anlässlich der Tagung des Niedersächsischen Fachbeirats zur Förderung des ökologischen Landbaus im Juli 2018 wurde als Ziel des

Aktionsplans Ökolandbau Niedersachsen angekündigt, die Zahl der Ökobetriebe in Niedersachsen bis 2025 zu verdoppeln. Schon heute gibt es 1.800 Ökobetriebe mit rund 100.000 Hektar (= 4,9 Prozent der Betriebe). Hinzu kommen 1.300 Unternehmen, die in Niedersachsen ökologische Produkte verarbeiten. Das Wertschöpfungspotential ist hier bei weitem nicht ausgeschöpft.

Schutz vor dem Wolf

Um das Problem der immer stärkeren Ausbreitung des Wolfes in den Griff zu bekommen, hat Niedersachsen im Oktober 2018 über eine Bundesratsinitiative ein nationales Konzept für eine einfachere Regulierung des Bestands der Wölfe gefordert. Niedersachsen wird weiter daran arbeiten, die Weidetierhaltung bestmöglich zu unterstützen; dafür wurden die Fördermaßnahmen für Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter erweitert. Dies ist ein weiterer wichtiger Baustein, der auch dazu beitragen kann, die Akzeptanz für den Wolf zu erhalten.

Neues Düngerecht

Der im März 2018 veröffentlichte Nährstoffbericht zeigte erneut, dass in Niedersachsen die Nährstoffüberschüsse abgebaut werden müssen, auch um die Vorgaben des neuen Düngerechts einzuhalten. Das Landwirtschaftsministerium hat hierfür eine umfangreiche Informationskampagne durchgeführt. Zukünftig soll Überdüngung vermieden werden, wertvolle biologische Pflanzennährstoffe müssen besser verteilt werden. Anhand verschiedener Risikokriterien und festgelegter Prüfquoten werden die landwirtschaftlichen Betriebe im Hinblick auf die Einhaltung des neuen Düngerechts eng kontrolliert.

Verbraucherschutz

Im Jahr 2019 wird ein Zentrum Ernährung und Hauswirtschaft (ZEHN) eingerichtet zur besseren Vermittlung grundlegender

Alltagskompetenzen im Bereich gesunder Ernährung und Hauswirtschaft. Ein Aufgabenschwerpunkt wird die Vermeidung von Nahrungsmittelverschwendung sein. Zu häufig gehen Alltagskompetenzen im Haushalt verloren, da die Wissensvermittlung zwischen den Generationen kaum mehr stattfindet.

Prävention Afrikanische Schweinepest

Ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in der hiesigen Wildschweinpopulation und ein etwaiger Übergang auf Hauschweinbestände hätten verheerende volkswirtschaftliche Konsequenzen. In den letzten Monaten wurden zahlreiche präventive Maßnahmen gegen die ASP ergriffen und Maßnahmen einer etwaigen Bekämpfung vorbereitet. Die Anschaffung von Zaunmaterial sowie Ausrüstung zur Bergung von toten Wildschweinen ist abgeschlossen. Die intensive Überprüfung der Biosicherheit auf Autobahnraststätten, Parkplätzen etc. wird laufend durchgeführt. Merkblätter für Lkw-Fahrer, Jagdtouristen und Saisonarbeitskräfte stehen zu Verfügung. Auf mehreren Informationsveranstaltungen wurden die Maßnahmen sowohl der Landwirtschaft als auch der Behörden erörtert.

Überwachung Tierschutzgesetz

Nach erschreckenden Vorfällen in niedersächsischen Schlachthöfen werden noch in diesem Jahr landesweit verpflichtende Dienstbesprechungen mit allen in der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung tätigen amtlichen Tierärzten durchgeführt. Gemeinsam mit den Landkreisen und dem LAVES werden unangemeldete, risikoorientierte Kontrollen in Schlachtbetrieben vorgenommen. Die Zahl der Ausbildungsplätze für künftige Amtstierärztinnen und Amtstierärzte wird aus Mitteln des Landes aufgestockt. Um bei Tierschutzkontrollen zusätzliches qualifiziertes Personal einsetzen zu können, soll das Berufsbild einer/eines Veterinärassistentin/Veterinärassistenten eingeführt werden.

Energiewende vorantreiben

Im letzten Sommer hat das Ministerium für Umwelt, Energie,

Bauen und Klimaschutz den Energiewendebericht 2018 vorgestellt. Demnach kann Niedersachsen bereits heute rechnerisch 60 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energieträgern decken. Wind als Rohstoff des Nordens gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Auf massiven Druck auch aus Niedersachsen hat der Bund die erforderlichen gesetzlichen Schritte für Sonderausschreibungen für Wind an Land und Photovoltaik eingeleitet. Zusätzliche Zuschläge in den Jahren 2019, 2020 und 2021 für zusammen je vier Gigawatt Onshore-Windenergie und Photovoltaik sollen helfen, den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen.

Ziel der Landesregierung ist es, die Energieversorgung in Niedersachsen spätestens bis zum Jahr 2050 nahezu vollständig auf erneuerbare Energien mit starkem niedersächsischem Beitrag umzustellen. Mit der Energiewende verfolgt die Landesregierung eine ehrgeizige Klimapolitik und stärkt den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Hochwasserschutz verbessern

Auch für Niedersachsen wird infolge des Klimawandels erwartet, dass sich extreme Witterungslagen häufen und sich Hochwasser intensivieren. Unter der Federführung des Umweltministeriums hat das Land einen Masterplan Hochwasserschutz entwickelt. Ergänzend zu der bisherigen Unterstützung der Kommunen im Hochwasserschutz im Binnenland soll mit zusätzlichem Personal und Geld eine beschleunigte Umsetzung der in den Kommunen entwickelten Maßnahmen ermöglicht werden. Im Haushaltsjahr 2019 soll zusätzlich zu den jährlich für den Hochwasserschutz bereitgestellten rund 23 Millionen Euro ein Sondervermögen in Höhe von 27 Millionen Euro eingerichtet werden. Der Haushaltsplanentwurf 2019 sieht weitere Stellen im Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) vor.



Für ein sicheres und rechtsstaatliches Niedersachsen

Mehr Polizisten

Aufgrund von veränderten Bedrohungslagen, wie insbesondere dem internationalen Terrorismus oder neuen Kriminalitätsformen wie Cyber-Crime, sind im Koalitionsvertrag 3000 zusätzliche Stellen und Einstellungsmöglichkeiten in der Landespolizei vorgesehen. Mit dem Nachtragshaushalt zu Beginn des Jahres 2018 wurde die finanzielle Grundlage für 750 neue Stellen/Beschäftigungsmöglichkeiten in der Polizei gelegt. Davon wurden 250 zusätzliche Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizeiverwaltung geschaffen, und rund 500 für Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärter. Insgesamt haben im Jahr 2018 1600 Studienanfängerinnen und -anfänger an der Polizeiakademie Niedersachsen ihr Studium begonnen. Die Zahl der Studierenden in der Polizeiakademie hat damit einen Höchststand von insgesamt 3800 jungen Frauen und Männern erreicht.

Die Polizei wird insgesamt um 750 Stellen/Beschäftigungsmöglichkeiten verstärkt, 500 Anwärterinnen und Anwärter für den Vollzug, 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung.

Polizeigesetz

Das aktuelle Polizeigesetz Niedersachsens stammt aus dem Jahr 2007. Es ist angesichts des digitalen Wandels und der veränderten Bedrohungslage nicht mehr zeitgemäß. Im Mai 2018 wurde des-

halb das niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehörden Gesetz in den Landtag eingebracht. Dieses Gesetz soll in den nächsten Monaten vom Parlament beschlossen werden.

Feuerwehr

Zur Stärkung der Feuerwehr wurde im Mai 2018 ein neues Niedersächsisches Brandschutzgesetz beschlossen. Es enthält zahlreiche Verbesserungen für die Freiwilligen Feuerwehren und ihre ehrenamtlichen Mitglieder. Unter anderem wird die Altersgrenze von 63 auf 67 Jahre angehoben, um die Personalnot abzumildern. Zudem wurden die Entschädigungszahlungen bei gesundheitlichen Schäden zugunsten der Feuerwehrfrauen und -männer erleichtert.

Sicherheit an Gerichten und Staatsanwaltschaften

Ziel der Landesregierung ist es, durchgängige anlassunabhängige Sicherheitskontrollen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften durchzuführen, um die Sicherheit der rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger wie auch der Justizangehörigen zu verbessern. In einem ersten Schritt sollen über den Haushalt 2019 zusätzliche Vollzeiteinheiten im Wachtmeisterdienst angeworben werden. Diese Personen sollen in einem mobilen Einsatzteam eingesetzt werden, um kurzfristige Bedarfe an den Standorten besser abfangen zu können.



Gut ausgestattete Justiz

Eine personell angemessen ausgestattete Justiz ist der Garant für einen funktionierenden Rechtsstaat und grundlegendes Ziel der Landesregierung. Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2018 wurden der Justiz 40 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zugewiesen. Der von der Landesregierung beschlossene Haushaltsplanentwurf für 2019 sieht weitere Stellen zur Minderung der allgemeinen Belastung in der Justiz vor, darunter 20,5 Stellen für Richter und 16 Stellen für Staatsanwälte.

Beschleunigung von Strafverfahren

Die Beschleunigung von Strafverfahren ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Zur gezielten und schnelleren Verfolgung bandenmäßiger Einbruchskriminalität wurden den Generalstaatsanwaltschaften Richterstellen für die Einrichtung von Schwerpunktdezernaten bzw. der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Osnabrück zugewiesen. Noch in diesem Jahr werden die ersten Dezernate mit ihrer Arbeit beginnen können.

Mit sog. ‚Häusern des Jugendrechts‘ will die Justiz schnellstmöglich auf Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden reagieren. Kurze Wege zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und

Jugendgerichtshilfe sollen die Verfahren deutlich beschleunigen. Als erste Standorte für ‚Häuser des Jugendrechts‘ wurden die Amtsgerichtsbezirke Göttingen, Hannover, Lüneburg, Osnabrück und Salzgitter festgelegt. Kürzere Verfahren sind auch bei Erwachsenen geplant: In der Strafprozessordnung sind beschleunigte Verfahren zur effektiven Abwicklung einfach gelagerter Sachverhalte aus dem Bereich der Kleinkriminalität vorgesehen.

Das in Osnabrück und Hannover bereits erfolgreich etablierte Instrument des „besonders“ beschleunigten Verfahrens soll auf weitere Ballungsgebiete mit hohen Fallzahlen ausgeweitet werden. Den Gerichten und Staatsanwaltschaften sind hierzu bereits zehn R1-Stellen zugewiesen worden.

Landesprogramm gegen politischen Extremismus

Die bereits bestehende, erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus wird erweitert. Geplant sind Präventionsmaßnahmen auch gegen Linksextremismus, islamistischen Extremismus und gegen Antisemitismus. Die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates im Justizministerium wird die Federführung des Arbeitsprozesses und dessen Umsetzung übernehmen.



Für ein buntes und vielfältiges Niedersachsen

Integration in Niedersachsen

Mindestens ebenso wichtig ist uns eine engagierte Fortsetzung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Kirchen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden und Landesregierung im Rahmen des Bündnisses ‚Niedersachsen packt an‘. Ein offener, toleranter und aufgeschlossener Umgang der ganz unterschiedlichen Menschen hier in unserem Land miteinander sind eine gute Grundlage für unseren Zusammenhalt und für die Sicherheit, aber auch für eine erfolgreiche Wirtschaft in Niedersachsen.

Inklusion

Von den im Aktionsplan Inklusion 2017/18 für Menschen mit Behinderungen vorgesehenen 211 Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Arbeit konnten 93 Prozent umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen werden. Der neue Aktionsplan für die Jahre 2019 und 2020 wird bis zum Ende des Jahres 2018 im Kabinett beraten. Er kann dann planmäßig in der nächsten Periode starten.

Der in 2018 beschlossene erste Teil der Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes (NBGG) beinhaltet die Umsetzung der EU-Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen.

Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz

Nach wie vor gibt es in vielen gesellschaftlichen Bereichen keine Gleichberechtigung von Frauen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen soll das anders werden. Um bestehende Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen bzw. künftig zu verhindern, soll im Jahr 2019 das fast zehn Jahre alte Niedersächsische Gleichstellungsgesetz (NGG) analog zum Bundesgleichstellungsgesetz neugefasst werden. Ein wesentliches Element des zukünftigen NGG soll sein, Männern und Frauen die Übernahme von Verantwortung für Kinder oder ältere Menschen durch großzügige Teilzeit- und Rückkehrregelungen zu erleichtern. Ziel ist, dass in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Männer und Frauen zu etwa gleichen Teilen tätig sein werden. Wirksame Kontroll- und Sanktionsmechanismen sollen in das Gleichstellungsgesetz aufgenommen werden.

Kultur im ländlichen Raum

Kleine, oftmals ehrenamtlich organisierte Kultureinrichtungen tragen durch ihr vielfältiges Angebot in ländlichen Räumen zur Attraktivität ihrer Region bei. Veränderungen wie der demographische Wandel, die Digitalisierung und der Rückgang von



ehrenamtlichem Engagement stellen insbesondere kleine Kultureinrichtungen vor neue Herausforderungen. Wie müssen die Rahmenbedingungen für Kultur im ländlichen Raum vor diesem Hintergrund künftig aussehen? Um das herauszufinden, richtet das Wissenschaftsministerium seit Oktober 2018 in der sog. Landkult(o)ur fünf Regionalkonferenzen mit unterschiedlichen Schwerpunkten aus. Die Konferenzen richten sich an Betreiber und Benutzer von Kultureinrichtungen, Kulturfachverbände, Vertreter von Verwaltung, Politik und Wirtschaft sowie an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und sollen neben Impulsen für die zukünftige Gestaltung von Kultur im ländlichen Raum auch Gelegenheiten zur Information und zur Vernetzung bieten.

Sport

Im Jahr 2018 wurde ein mehrjähriges Sanierungs- und Investitionsprogramm für kommunale Sportstätten beschlossen. Bis zu 100 Millionen Euro fließen in die niedersächsische Sportinfrastruktur. Ein Schwerpunkt liegt in der Sanierung der kommunalen Sporthallen und Schwimmbäder. Auch vereinseigene Sportstätten können aus dem Programm gefördert werden.

Für ein starkes Europa mit lebenswerten Regionen

Europa

Niedersachsen setzt sich in enger Zusammenarbeit mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen für eine Stärkung des Bewusstseins für Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern ein. Europa ist ein beispielloses Friedensprojekt und die mit diesem Zusammenschluss ganz unterschiedlicher Nationen verbundenen Freiheiten, aber auch die untereinander geübte Solidarität, sind ein hohes Gut. Bis zur Europawahl und gerne auch darüber hinaus soll dazu in Niedersachsen eine lebendige Diskussion mit den Menschen hier vor Ort geführt werden.

Als Vorsitzland der Europaministerkonferenz von Juli 2017 bis Juni 2018 hat Niedersachsen gemeinsame Positionen der deutschen Länder in den Fragen der Beibehaltung der zukünftigen Förderung aller Regionen herbeigeführt und sich für eine Entbürokratisierung der Förderregeln eingesetzt.

Zudem hat Niedersachsen als Vorreiter der Länder die Auseinandersetzung mit dem Brexit vorangetrieben. In Niedersachsen selbst wurden die möglichen Folgen eines Brexits frühzeitig thematisiert. Ein „Runder Tisch Brexit“ mit Vertreterinnen und Vertretern der niedersächsischen Wirtschaft wurde eingerichtet, Die Niedersächsische Landesregierung hat im Oktober 2018 den Entwurf eines

„Niedersächsischen Brexit-Übergangsgesetzes“ zur Verbandsbeteiligung freigegeben. Auch für den Fall des unregelmäßigten Brexits prüft die Landesregierung kurzfristig Maßnahmen, die Engpässe und unbillige Härten abfedern können.

Regionalentwicklung

Fast die Hälfte der niedersächsischen Bevölkerung lebt in ländlichen Räumen. Ihnen gleichwertige Lebensverhältnisse zu bieten, ist eine ständige Herausforderung für die Akteure vor Ort und für die Ämter für regionale Landesentwicklung.

Im Mai 2018 wurden zum dreijährigen Bestehen des Südniedersachsenprogramms neue Vorschläge für strukturverbessernde Projekte für die Region sowie der dauerhaften Verstärkung der innerregionalen Kooperationen vorgelegt.

Am 21. November 2018 fand die erste Projektmesse des ‚Projektnetzwerkes Ländliche Räume‘ statt. Die Online-Plattform des Netzwerks präsentiert in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden inzwischen mehrere 100 Best-Practice-Projekte zur Daseinsvorsorge, die dazu beitragen können, ländlichen Räume zu beleben und attraktiv zu halten.



Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik

Ausgeglichener Haushalt

Die Landesregierung übernimmt auch in finanzpolitischer Hinsicht Verantwortung für künftige Generationen. Seit dem Haushaltsabschluss 2016 verzichtet Niedersachsen auf Neuverschuldung, mit dem Haushaltsplanentwurf 2019 konnte nun erstmals in der Geschichte des Landes auch ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden: In der Mittelfristigen Finanzplanung 2018 bis 2022 wird nicht nur auf die Aufnahme zusätzlicher Kredite, sondern auch auf jegliche Einmaleffekte verzichtet. Damit hat die Landesregierung die finanzpolitischen Weichen so gestellt, dass nicht nur die Anforderungen an die Schuldenbremse dauerhaft erfüllt werden können, sondern insbesondere den nachfolgenden Generationen keine zusätzlichen finanziellen Lasten übertragen werden.

Einstieg in die Schuldentilgung

Niedersachsen ist neben der fachpolitischen Schwerpunktbildung und notwendigen Zukunftsinvestitionen der Einstieg in die Schuldentilgung gelungen. Mit dem Jahresabschluss 2017 konnten im Jahr 2018 bereits 100 Millionen Euro in die Tilgung von Altschulden fließen. Weitere 100 Millionen Euro sollen mit dem Jahresabschluss 2018 getilgt werden. Unter Beachtung des finanziell Möglichen und unter Berücksichtigung wichtiger Zukunftsinvestitionen soll dieser Weg auch künftig verstetigt werden.



Neuverschuldungsverbot in die Verfassung

Ein finanzpolitisches Vorhaben für das nächste Jahr ist die Verankerung des Neuverschuldungsverbots in der niedersächsischen Verfassung nach den Vorgaben des Grundgesetzes. Damit bekennt sich die Landesregierung zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und sichert so langfristig die finanzielle Tragfähigkeit des Landeshaushalts. Das Neuverschuldungsverbot wird konsequent umgesetzt. Umgehungen und Ausnahmen, die faktisch oder rechtlich zu neuen strukturellen Schulden führen, sollen nicht mehr möglich sein. Zugleich sollen die vom Bundesgesetzgeber eröffneten Spielräume klug genutzt werden, um auf außergewöhnliche Ereignisse reagieren zu können und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes jederzeit zu gewährleisten.

Ausblick kompakt

Wie dargestellt, werden einige im Jahr 2018 eingeleitete Maßnahmen in 2019 ihre Wirkung entfalten. Zu den wesentlichen Vorhaben für das nächste Jahr gehören die weitere Umsetzung des Masterplans Digitalisierung, der Einstieg in einen deutlich intensivierten Zubau von Sozialwohnungen, der Start des Dialogs zur Zukunft der individuellen Mobilität und eine Beschleunigung größerer Planungsmaßnahmen.

Im Gesetzgebungsbereich sind insbesondere die Novellierung des Niedersächsischen Pflegegesetzes, des Niedersächsischen Gleich-

stellungsgesetzes und eine Änderung der Landesbauordnung geplant. Außerdem wird an der Aufnahme der Schuldenbremse in die Niedersächsische Verfassung gearbeitet.

Die Niedersächsische Landesregierung wird sich auch weiterhin für einen guten Zusammenhalt in Niedersachsen engagieren und für Europa sowie für eine Teilnahme an der Europawahl werben.





Herausgeberin:
Presse- und Informationsstelle der
Niedersächsischen Landesregierung

Anke Pörksen
Niedersächsische Staatskanzlei
Staatssekretärin und Sprecherin der Landesregierung
Planckstraße 2
30169 Hannover

Telefon 0511 120 69 46
Fax 0511 120 99 69 46
Mail Pressestelle@stk.niedersachsen.de

1. Auflage, November 2018

Die Broschüre darf, wie alle Broschüren der
Nds. Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.

Diese Broschüre steht auch zum Download (pdf)
unter www.niedersachsen.de bereit.

Die Bildrechte können bei der Herausgeberin
angefragt werden.



Niedersachsen. Klar.